Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus **„Graphia"**
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer (im Ausland Kč 2.-) Kč 1.40

Auslandspreise	Einzelnumm.		vierteljähr.	
Argentinien	Pes.	0.30	Pes.	3.60
Belgien	Frs.	2.—	Frs.	24.—
Bulgarien	Lew.	8.—	Lew.	96.—
Danzig	Guld.	0.30	Guld.	3.60
Deutschland	Mk.	0.25	Mk.	3.—
England	E.Kr	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland	Fmk.	4.—	Fmk.	48.—
Frankreich	Frs.	1.50	Frs.	18.—
Großbritannien	d.	4.—	sh.	4.—
Holland	Gld.	0.15	Gld.	1.80
Italien	Lir	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien	Din.	4.50	Din.	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 25
Sonntag, 3. Dez. 1933

Bezugspreis im Quartal (im Ausland Kč 24.-) Kč 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljährl.	
Litauen	Lit.	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg	B. Frs.	2.—	B.Fr.	24.—
Norwegen	Kr	0.35	Kr.	4.20
Oesterreich	Sch	0.40	Schill.	4.80
Palästina	P. £	0·018	P. £	0·216
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6.—
Portugal	Esc.	2.—	Esc.	24.—
Rumänien	Lei	10.—	Lei	120.—
Saargebiet	F.Fr.	1.50	F. Fr.	18.—
Schweden	Kr	0.35	Kr.	4.20
Schweiz	Frs.	0.30	Frs	3.60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengő	0.35	Pengő	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.90

Die rollende Reichsmark

Die Weltorganisation der Lüge

Es ist über die Millionen berichtet worden, die dem Reichslügenminister **Göbbels** heute für seine Propaganda zur Verfügung stehen. Aber diese Berechnungen bleiben noch hinter der Wirklichkeit zurück: Göbbels selbst — der wie alle minderwertigen Menschen nicht den Mund halten kann und oft mehr ausplaudert als seinem Brotgeber lieb ist — hat sich vor einigen Tagen im vertrautesten Kreise seiner Tat- und Gesinnungsgenossen gerühmt, er verfüge allein für die Presse-Propaganda und für den Meinungsverkauf im Ausland einen Fonds von 30 Millionen Mark!

Wer die Riesensummen kennt, die Hitler-Deutschland bisher schon für die Propaganda im Ausland ausgegeben hat, wird sich nicht darüber wundern, welch eine niederträchtige Verschwendung mit den Steuergroschen des deutschen Volkes heute von den Nazis getrieben wird. Goebbels' Meinungskauf-Gelder rollen heute in den meisten Staaten Europas und sogar auch in den überseeischen Ländern, wie die erst kürzlich in Nordamerika aufgedeckte Nazipropaganda-Organisation gezeigt hat. Nach zuverlässigsten Informationen die selbst durch die dickgepolsterten Türen des Propaganda-Ministeriums gedrungen sind, hat das Hitler-Deutschland für seine Wühlarbeit im Ausland bisher folgende Summen ausgegeben:

Oesterreich	5,000.000 Mark
Tschechoslowakei	5,000.000 Mark
Schweiz	750.000 Mark
Schweden	500.000 Mark
Belgien	700.000 Mark
Baltische Staaten	500.000 Mark
Dänemark	200.000 Mark
Finnland	200.000 Mark
Rumänien	500.000 Mark
Holland	1,500.000 Mark
Nord-Amerika	4,000.000 Mark
Süd-Amerika	2,000.000 Mark

Zusammen ergibt das also bereits weit über 20 Millionen Mark! Und dabei stammen diese Ziffern aus der zweiten Oktoberhälfte! Man kann ungefähr denken, wieviel seitdem noch ausgegeben worden ist und ferner, wieviel Gelder außerdem noch auf allerlei Wegen und durch allerlei Kanäle — auch aus den schwarzen Fonds des Auswärtigen Amts und des Reichswehr-Ministeriums — in die Hände der Nazi-Missionäre geflossen ist. Man hat es ja dazu! Die Nazis können heute mit der unverfrorensten Großzügigkeit ihre Partei-Propaganda aus der Reichskasse und vom deutschen Volke bezahlen lassen. Etats-Kritik gibt es nicht mehr; es wäre ja noch schöner, eine solche dem [illegible] verfluchten Parlamentarismus [illegible]stammende Kontrolle der öffentlichen Verwaltung zu dulden! Eine „Re[illegible] der Ehrenmänner" braucht sich [illegible] nicht gefallen zu lassen!

[illegible] diesen Geldern und mit allen [illegible]enschaften modernster Lügen- und Wühl-Technik kann der Lügen-[illegible] Göbbels im Ausland natürlich intensiv arbeiten. Wie gesagt: Es gibt heute kaum noch einen Staat in Europa, in dem nicht von Berlin aus Nazi-Zellen verpflanzt worden wären! Die Enthüllungen des „Petit Parisien" — und mögen sie auch tausendmal von der Lügenzentrale in der Wilhelmstraße dementiert werden — haben nur einen Teil des hitlerischen Aktionsprogrammes bloßgelegt. Denn Hitlers Endziele gehen viel weiter: Er will — mögen Ewig-Naive es ungläubig belächeln — **überall eine Nazi-Revolution** erreichen!

Ueberall arbeiten bereits Nazi-Emissäre! Das weitverzweigte Netz der Nazi-Wühlarbeit sieht heute so aus:

In **Nord-Amerika**: Seit zwei Jahren bereits sind die dortigen Agenturen der Hapag und des Norddeutschen Lloyds verkappte Nazi-Propaganda-Zellen. Wer einmal — wie der Schreiber dieser Zeilen — Gelegenheit hatte, beispielsweise in die Neuyorker Vertretungen dieser Schiffahrts-Gesellschaften einen Blick zu werfen, mußte entsetzt sein über das Maß der Hetzarbeit, die dort schon seit Jahren gegen die Weimar-Republik verrichtet wurde! Mit dem Hitler-Umsturz ging es natürlich erst recht los! Nun konnte man ungenierter arbeiten. Alle unbequemen Angestellten wurden unter fadenscheinigen Vorwänden entlassen; an ihre Stelle kamen die unter dieser falscher Flagge nach USA. entsandten Göbbels-Gehilfen. Obwohl das Passage-Geschäft der deutschen Schiffahrtsgesellschaften sich seit April dieses Jahres fast um 50 Prozent vermindert hat — es ist sogar vorgekommen, daß ein Lloyd-Dampfer wegen Mangel an Passagieren nicht fahrplanmäßig, sondern um zehn Tage später die Rückreise antrat — hat sich die Zahl der Angestellten der deutschen Schiffahrtsbüros in USA. beinahe verdoppelt. Diese Agenturen wurden nun die festen Stützpunkte der Nazi-Agitation. Jedoch nicht von diesen Büros aus allein wird intensivste Nazi-Propaganda getrieben; Göbbels hat seine Handlanger auch in alle deutschen Konsulate gesteckt, wo sie eine umfassende Tätigkeit (Spietzelei, Denunzation und Beeinflussung der öffentlichen Meinung) entfalten. Die Zahl der heute in Nord-Amerika tätigen Hitler-Emissäre wird auf dreihundert geschätzt.

In **Süd-Amerika** hat die Nazi-Propaganda — wie nicht anders zu erwarten — ihre stärksten Stützpunkte in den seit jeher nationalistischen deutschen Vereinigungen. Selbstverständlich sind aber allen deutschen Konsulaten geeignete Göbbels-Jünger beigegeben worden. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn auch in Süd-Amerika bald die „Entdeckung" einer weitverzweigten Nazi-Wühl-Organisation gemeldet wird.

In **Europa**: Wie weit die Minierarbeit in der **Tschechoslowakei** und in **Oesterreich** schon gediehen war, ist der Oeffentlichkeit zur Genüge bekannt. Ueberall bestanden bereits feste und großausgebaute Organisationen, die einen bestimmten Umsturzplan ausführen sollten.

In **Schweden** hat man eine Verschwörung aufgedeckt, die nicht mehr und nicht weniger als die Bildung einer Nazi-Armee — ähnlich der SA — auf schwedischen Boden und einer großen Nazi-Organisation bezweckte, um Schweden eines Tages zu einer Filiale eines nationalsozialistischen Groß-Deutschland machen zu können. Görings häufige Besuche in Schweden waren durchaus nicht „privaten Familienangelegenheiten" gewidmet.

In **Dänemark** ist eine intensive Nazi-Agitation besonders unter der Bauernschaft Süd-Jütlands festzustellen. Die Nazi-Apostel arbeiten in diesem Nachbarstaat hauptsächlich auf dem flachen Lande und nützen die Absatzkrise der dänischen Landwirtschaft in der bekannten aufputschenden Weise auf.

In **Estland** haben sich die Nazis mit dem „Verband ehemaliger Kriegsteilnehmer" verbündet, einer faschistischen Kampf-Formation, die bereits 60.000 Mitglieder zählt. Woher die Gelder für ihre Ausrüstung fließen, kann man sich denken!

In **Lettland** hat man eine Kampforganisation Bund „Donnerkreuz" aufgezogen, der seine enge Verwandtschaft mit dem Hakenkreuz nicht leugnen kann.

In **Finnland** ist zwar die faschistische Lappo-Bewegung zurückgeschlagen worden, aber Injektionen mit Nazi-Geldern können auch hier wieder belebend wirken.

In **Ungarn** ist unter dem Namen „Nationalsozialistische Volkspartei Ungarns" eine nationalsozialistische Organisation gebildet worden, die ihren „Reichsführer" und ihren „Stabschef" hat und ein Manifest erließ, das folgenden Gruß an Hitler richtet: „Wir ungarische Volksgenossen stehen nicht an, zu erklären, daß wir, wenn es eine große Stunde will, auch mit Herz und Hand an Ihrer Schildseite stehen wollen!"

In **Rumänien** hatte die Nazi-Propaganda bisher die größten Erfolge aufzuweisen. Dort existieren — namentlich in Siebenbürgen — regelrechte Nazi-Kampforganisationen, ähnlich der SA, von der die „Eiserne Garde" des Professors Cuza die stärkste ist. Einer der dortigen Naziführer, Cotaresco, hat kürzlich auf einem nationalsozialistischen Kongreß in Kischinew erklärt, daß Heil Rumäniens sei nur im Wege einer engen Verbindung mit dem deutschen Nationalsozialismus zu finden. „Osaf" aller rumänischen Nazis ist der Oberst Tatarescu, vor dem Kriege rumänischer Militärattachee in Berlin. Der jüngste Kabinettwechsel in Rumänien hat mit krasser Deutlichkeit enthüllt, wie weit bereits dort die Umsturzarbeit der Faschisten gediehen war! Die enge Verbindung mit Berlin wurde nachgewiesen.

In **Griechenland** sogar gibt es neuerdings eine von einem früheren Generalstabs-Hauptmann geführten nationalsozialistischen Organisation „Ethnikos Enosta Elados". Der „Führer" hat in einer Kundgebung gar nicht geleugnet, daß er sich zu den braunen Zielen des Isar-Athen-München bekennt und in Hitler den Meister aller Meister erblickt.

In der **Schweiz** haben sich zahlreiche Nazi-Zellen eingenistet: Die „Neue Front" ist die Dachorganisation der verschiedenen Nazi-Bünde. Man tarnt sich dort noch, ist aber um so intensiver an der Arbeit, den deutschen Teil der Eidgenossenschaft für die Pläne Hitler-Deutschlands sturmreif zu machen.

In **Frankreich** hat sich eine „Französische nationalsozialistische Partei" gebildet, die zwar vorläufig kaum mehr als fünfzig Mitglieder zählt, aber immerhin für die Wühlarbeit der Nazi symptomatisch ist. „Führer" ist der bekannte französische Antisemitenhäuptling Baron Robert Fabré-Luce. Er war Ende Oktober längere Zeit in Berlin. Die in Paris in deutscher Sprache erscheinende „Neue Pari-



Hitler, der Pazifist, sucht eine Unterhaltung zu zweien

„Marianne" Paris

ser Zeitung" bezieht ihre Meinung aus dem Göbbels-Ministerium.

In Spanien hat sich eine faschistische Organisation unter der Führung des jungen Primo de Rivera, eines Sohnes des ehemaligen Diktators, gebildet. Die jungen Leute bekennen sich ebenfalls zu den „Zielen des Nationalsozialismus".

In Belgien mußte die Regierung ein Uniform-Verbot für politische Verbände erlassen. Die Nazi-Agitation unter dem flämischen Teil der Bevölkerung hatte einen großen und gefährlichen Umfang angenommen: Es bestand bereits eine regelrechte Kampforganisation, „Grauhemden" genannt, ihr Führer ist ein gewisser Severen, bei dem Schriftstücke gefunden wurden, die enge Beziehungen zwischen den belgischen Nationalsozialisten und der Nordwest-Sektion der NSDAP. aufdeckten. Geplant war der Bau mehrerer „Grauhäuser", die einheitliche Uniformierung und die Schaffung einer Propaganda-Zentrale. Die belgischen Behörden haben ferner festgestellt, daß die belgischen Nazis von der deutschen Bruderpartei nicht nur mit erheblichen Geldmitteln, sondern auch mit Waffen und Sprengmitteln versorgt worden sind.

In Holland wird von Agitations-Zentren, die sich längs der Grenze befinden, eine intensive Propaganda betrieben. Es besteht bereits eine feste Kampforganisation, deren Führer, ein Hauptmann Roselveede, kürzlich erklärte: „Vorläufig sind wir nur 8000 Mann stark, ich garantiere aber, daß wir spätestens in einem halben Jahre mindestens 50.000 Mitglieder haben werden!" Diese Nazi-Zentren in Holland sind auch die Verbindungsstationen für weiterreichende wehrpolitische Ziele.

So sieht also das Netz aus, über das die Nazi-Propaganda heute bereits verfügt. Zu den vielen gefährlichen Illusionen, die man sich leider bisher immer über die Nazi-Gefahr gemacht hat, gehört auch heute noch die, daß man nicht an den Erfolg einer derartigen Propaganda glauben will. Es ist unbestrittene Tatsache, daß die Herren des Dritten Reiches ihre Agitations-Stützpunkte im Auslande immer mehr ausbauen. Göbbels, seines Obermeisters Blechmundstück, hat vor einigen Wochen in einer Wahlrede gesagt, der Nationalsozialismus wolle bewußt ein Export-Artikel sein! Ein anderer von Hitlers Paladinen, der Reichsstatthalter Dr. Meyer, schmetterte: „Die Deutsche Revolution soll der Welt ein anderes Gesicht geben. Wir wollen neue Menschen formen. Eines Tages wird die deutsche Revolution nicht auf Deutschland beschränkt bleiben. Wir haben die Brandfackeln in alle Staaten der Erde geworfen!" Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Lüninck, sagte in Aachen: „Noch ist das Werk nicht vollendet, daß im Dritten Reich ein Adler seine Schwingen spannt von Aachen nach Wien, von der burgundischen Pforte bis zum deutschen Meer im Fernen Osten, von den Alpen zur Küste. Aber das Werk wird vollendet!" Noch einer, der Ober-Nazi und Staatsrat Simon in Koblenz, plauderte seelenruhig über das Programm seines Führers aus: „So weit die deutsche Zunge reicht, so weit deutsches Blut in den Adern rollt, so weit reicht das große Deutschland! Wir begnügen uns nicht mit der Saar. Darüber hinaus reicht die deutsche Zunge. Bis nach Metz und herunter bis nach Mühlhausen. Die Saar, Elsaß-Lothringen, Oesterreich, Luxemburg, Belgien und die Niederlande sind alle einmal deutsch gewesen. Nicht eher wird der Nationalsozialismus und wird sein Führer ruhen, als das Ziel eines Groß-Deutschland von 90 Millionen erreicht ist!"

Das genügt den Herrschaften aber noch nicht. In der braunen Zeitschrift „Volk im Werden" hieß es vor einigen Tagen: „Die Stunde ist nicht fern, wo jeder Deutsche, jeder Mensch deutschen Blutes, er mag wohnen, wo er will, Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus in der gleichen Weise angehört, wie einst jeder Mohammedaner von allen Enden der Welt dem Kalifen aller Gläubigen!"

Es wäre töricht, diese Dinge einfach zu belächeln und sie als Ausgeburten einer Psychose abzutun! Noch vor einem Jahr hat man es für unmöglich gehalten, daß ein Hitler eines Tages deutscher Reichskanzler, und daß ein 65-Millionen-Volk Beute einer Handvoll vorbestrafter Verbrecher werden könnte!

Die Maske abgeworfen!

Die letzten gewerkschaftlichen Reste verschwinden

Die Verbände der „Deutschen Arbeitsfront" sollen aufgelöst werden, künftig soll die „Deutsche Arbeitsfront" nur noch Einzelmitglieder haben. Damit verschwinden die letzten Spuren der Gewerkschaften aus dem Unterdrückungssystem der Despotie. Die Organisation der Leyschen Arbeitsfront war ursprünglich auf den Verbänden der freien Gewerkschaften aufgebaut worden. Es hat sich jedoch gezeigt, daß trotz der völligen Beherrschung der Verbände durch die nationalsozialistischen Leitungen der wirkliche gewerkschaftliche Geist bei den Mitgliedern unausrottbar war und auf die Beherrscher zurückwirkte.

Die Herren der Wirtschaft haben deshalb die Deutsche Arbeitsfront immer mit Mißtrauen gesehen, und immer wieder hat Staatssekretär Grauert die Ansicht vertreten,

daß die letzten Reste gewerkschaftlicher Organisation verschwinden müßten.

Die Deutsche Arbeitsfront ist deshalb auch schon seit langem von allem Einfluß auf die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik entkleidet worden. Es ist ein lächerliches Mißverhältnis zwischen der Einflußlosigkeit dieser Organisation und dem Umfang des Apparates eingetreten. Es ist das gleiche Mißverhältnis, das zwischen den demagogischen Versprechungen der Nationalsozialisten für die Arbeiter und der wirklichen Stellung der Arbeiterschaft im Dritten Reich besteht.

Die nationalsozialistischen Gewerkschaftsbürokraten aber — sie sind eine wirkliche Bürokratie, die die Mitglieder beherrscht! — haben unentwegt die Demagogie der Versprechungen, den Arbeiterfang mit Vertröstungen auf die Segnungen des Dritten Reiches betrieben. Die Diktatoren haben dies geduldet, solange sie sich der Mehrheit der Verbandsmitglieder nicht sicher fühlten. Nach der Wahl vom 12. November haben sie die Maske abgeworfen. Sie brauchen die gewerkschaftliche Maskerade nicht mehr. Sie verbieten ihren Funktionären den Arbeitern von Lohnerhöhungen zu sprechen. Sie zerschlagen die Form der Verbände, die sie von den früheren Gewerkschaften übernommen haben. Vom berufsständischen Aufbau des neuen Staates redet niemand mehr. Der Industriefeudalismus duldet die Deutsche Arbeitsfront nur noch als reine Unterdrückungsmaschine gegen die Arbeiter, er hat ihr selbst die Erzeugung gewerkschaftlicher Illusionen untersagt.

Was bleibt den Mitgliedern der Arbeitsfront noch von den Gewerkschaften, denen sie einst angehört haben? Nur noch die Pflicht der Beitragszahlung!

Die Arbeitsfront ist nichts anderes als die Einheberin einer zusätzlichen Steuer der Arbeiterschaft zur Lohnsteuer hinzu!

Die Arbeitsfront ermöglicht es ferner der Diktatur, die Arbeiter dauernd unter Aufsicht zu halten. Jetzt sollen sie nach Feierabend auch noch militärisch gedrillt werden. Aus dem beruflich gegliederten Aufbau nach Gewerkschaften wird nach der Einführung der Einzelmitgliedschaft der Aufbau einer Armee. Der einzelne Arbeiter wird aus seiner organisationsmäßigen Bindung herausgenommen und vereinzelt. Vom berufsständischen Geist redet niemand mehr — der Geist des Militarismus hat alle berufsständischen Illusionen verdrängt. Denn die Zerschlagung der Verbände legt Zeugnis ab von einem Geiste, der das ganze Volk nicht für den Frieden, sondern wie ein einziges Heer organisieren will.

Amtliche Nachhilfe

Stimmenzählung am 12. November

Erst jetzt, nach der Wahl, ist der Umfang des Terrors in allen Teilen des Reiches zu übersehen, der das „Wahlresultat" am 12. November bestimmt hat. Wir könnten noch Spalten füllen mit derartigen Terrormeldungen, und wir müßten neue Spalten hinzufügen, um die Repressalien zu schildern, die jetzt vielerorts an den Nichtwählern und Neinsagern verübt werden.

Nur zwei Beispiele: Vor der Wahl erließen die Krusauer Kupfer- und Messingwerke G. m. b. H. eine Bekanntmachung, in der zur Wahlbeteiligung und zur Abstimmung für die Regierung aufgefordert wurde. Die Regierung werde nur an solche Werke Aufträge vergeben, deren Arbeiterschaft national gesinnt ist.

„Es würde dabei einen ungünstigen Eindruck machen, wenn am kommenden Sonntag sich unter den abgegebenen Stimmen solche befänden, die ein Mißtrauensvotum oder eine Zurückhaltung gegen die heutige Regierung erkennen ließen.

Wir erinnern daher die Einwohnerschaft Kupfermühles schon in ihrem eigenen materiellen Interesse an ihre Pflicht."

Krusauer Kupfer- und Messingwerke G. m. b. H., W. Becker.

Nach der Wahl wurden nach einem Bericht der Nazipresse in Altensteig bei Pforzheim zwei Kommunisten, die mit „Nein" abgestimmt hatten, durch die Straßen geführt. Sie trugen ein Plakat mit dem Wortlaut: „Ich bin ein Volksverräter, ich habe mit „Nein" abgestimmt!" Voran ging ein Trommler der HJ. Die Gruppe, die von der Schuljugend begleitet war, erregte überall großes Aufsehen.

Was der Terror nicht erreichte, das wurde amtlich nachgeholfen bei der Auszählung der Stimmen. Die amtlichen Richtlinien für die Auszählung der Stimmzettel sehen u. a. vor:

„Gültig sind Stimmzettel, in denen...

5. das Kreuz in Form des Hakenkreuzes eingetragen ist;
6. der Wahlvorschlag durch ein Loch (an Stelle des Kreuzes oder außer diesem) im Stimmzettel gekennzeichnet ist, sofern damit der Wille des Wählers unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht wird;
7. die Kennzeichnung durch einen Hinweis in Form eines Pfeilstrichs stattgefunden hat;
8. handschriftliche Zusätze eingetragen sind, durch die der Wähler seine Begeisterung für den Volkskanzler Adolf Hitler oder sonst seine Zustimmung zur Regierungspolitik zum Ausdruck gebracht hat. Der Stimmzettel ist auch dann gültig, wenn dieser Zusatz als besonderer Zettel einem sonst zulässig gekennzeichneten Stimmzettel beigefügt ist.

Wie leicht ist es doch, einen Stimmzettel, der ohne Eintragung abgegeben wurde, noch durch ein kleines Loch schnell gültig zu machen. Und in der Nähe von Leipzig hat man Stimmzettel, die mit drei Pfeilen ungültig gemacht worden waren, als gültig anerkannt, denn die Kennzeichnung hatte in „Form eines Pfeilstriches" stattgefunden.

Um das Bild dieser famosen „freien" Wahl zu vervollständigen, sei noch die amtliche Mitteilung vermerkt, daß der Reichswahlausschuß, der am 23. November getagt hat, aus dem Reichswahlleiter Dr. Reinhardt und sechs von der NSDAP. bestimmten Beisitzern bestand. Da muß das Resultat ja stimmen.

Stresemann und Hitler

I.

„Als Stresemann, klarblickend und verdienstvoll, ein Uebereinkommen mit Frankreich anstrebte, hatte er das Volk nicht hinter sich. Ich habe es hinter mir... Elsaß-Lothringen! Ich habe oft genug gesagt, daß wir endgültig darauf verzichten!"

Gespräch mit dem „Matin", 22. November 1933.

II.

„Kampf dem Stresemann!...Damit (dem Uebereinkommen mit Frankreich) ist alles Maß übergelaufen. Ein Mensch, der an Stresemanns Stelle für Frankreich etwas Aehnliches unterschrieben hätte, wäre nach seiner Rückkehr nach Paris wie ein Hund erschlagen worden!"

„Völkischer Beobachter", 18. Oktober 1925.

Selbstmord im Gefängnis

Erwin Günther — in den Tod getrieben!

Genosse Erwin Günther, der schon im Sommer dieses Jahres einmal in Dresden verhaftet war, hat während einer weiteren Haft am 11. November im Dresdener Polizeipräsidium seinem Leben ein Ende gemacht.

Günther, ein etwa 30jähriger überaus tüchtiger Funktionär und liebenswerter Mensch, war Volontär beim Partei-Vorstand, hatte in Berlin in der Werbeabteilung der Partei mitgearbeitet, war dann in der Provinz als Redakteur an sozialdemokratischen Zeitungen tätig und im vorigen Jahre in Kiel Parteisekretär.

Nach den uns gewordenen Mitteilungen ist anzunehmen, daß es sich in diesem Falle nicht um einen nur vorgetäuschten Selbsmord handelt. Welche Qualen aber den jungen einst so lebenslustigen Mann dazu gebracht haben, sein Leben mit eigener Hand zu beenden — darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen.

Auch dieses kostbare Blut kommt auf das Haupt der braunen Mörder.

Die neue Farbe der SA

Grüne Uniform für grüne Jungens!

Bekanntlich hat vor einigen Tagen Hitlers Röhm bekanntgegeben, daß die SA demnächst eine neue Uniform von neuem Schnitt und neuer Farbe erhalten soll. Wie aus Berlin berichtet wird, werden die neuen Nazi-Uniformen von grüner Farbe sein. Die neuen Uniformen der SA werden eine Kombination der englischen und russischen Militär-Uniformen sein: Ueber dem russischen Hemd wird ein Jackett getragen. Das Hemd wird wie das der russischen Soldaten meergrün sein, der Jackett-Ausschnitt wie bei der Uniform der englischen Armee.

Göring hat ja kürzlich gesagt, daß die alte SA-Uniform ganz unangemessen und „auf dem Schlachtfeld ganz unbrauchbar" sei. Nun wird sie also auch „auf dem Schlachtfeld brauchbar" sein und wird ausgezeichnet zu dem Feldgrau der Reichswehr passen. Doch was wird aus dem Horst-Wessel-Lied, in dem von „Hitlers braunen Bataillonen" gesungen wird?

Der Skandal von Danzig

Ein Beschwerdeführer nach Deutschland verschleppt

Vor drei Wochen sind in Danzig die Chefredakteure der Danziger Landeszeitung, Kilian, und der Danziger Volksstimme, Fooken, verhaftet worden, ebenso der Redakteur der Danziger Landeszeitung, Teipel. Die Redakteure hatten beim Hohen Völkerbundskommissar für Danzig schriftlich Beschwerde gegen das verfassungswidrige Verbot ihrer Zeitungen eingelegt.

Die Danziger Verfassung ist vom Völkerbund garantiert — aber die nationalsozialistische Regierung in Danzig pfeift auf den Völkerbund. Die Verhaftung der Redakteure war ein Schlag ins Gesicht für den Völkerbund. Eine Antwort von Genf ist auf diese Provokation nicht erfolgt, geschweige denn irgendeine Maßnahme. Vielleicht beginnt Ende Januar eine akademische Erörterung der Angelegenheit in Genf.

Die nationalsozialistische Regierung in Danzig hat nun die Chefredakteure Kilian und Fooken aus dem Konzentrationslager Weichselmünde entlassen. Sie hat erreicht, was sie wollte. Sie hat die Erfahrung gemacht, daß die Völkerbundsgarantie für die Danziger Verfassung nur ein Blatt Papier ist, das sie ungestraft zerreißen darf. Sie hat der Bevölkerung klar gemacht, daß jeder bestraft wird, der diese Garantie in Anspruch nehmen will, und daß er auf Schutz durch den Völkerbundkommissar nicht rechnen kann. Sie hat die Völkerbundsgarantie soweit ausgehöhlt, daß davon nichts mehr übrig ist.

Die Naziregierung hat darüber hinaus ihren Erfolg mit einem besonders gemeinen Streich gekrönt. Der Redakteur Teipel von der Danziger Landeszeitung, der Reichsdeutscher ist, wurde nicht aus der Haft entlassen. Er wurde vielmehr auf reichsdeutsches Gebiet nach Marienburg abgeschoben und dort von den deutschen Behörden sofort verhaftet. Der Unglückliche wird in irgendeinem Konzentrationslager enden. Er wird wahrscheinlich sein Vertrauen zur Autorität des Völkerbundes mit dem Leben bezahlen.

Die Haltung des Völkerbundes entspricht der allgemeinen politischen Mentalität seit dem Januar 1933. Diese Mentalität läßt sich kennzeichnen durch den Satz: Verträge sind dazu da, nicht gehalten zu werden.

Korporationen, Stände und Monopole

Zünftige Verkleidung für modernste Raubwirtschaft

Die Faschisten reden gern und viel von den Korporationen, den Ständen. Freilich, in Italien sind die Faschisten im 11. Jahr ihrer Herrschaft eben erst dabei, diese berühmten Korporationen endgültig zu organisieren, und trotz des großen Geschreis, in das der Duce selbst mit einstimmt, handelt es sich um verdammt wenig Wolle. Im Grunde genommen werden die bestehenden Organisationen in Zwangskörperschaften umgewandelt, deren Leitung entweder von der herrschenden Staatsmacht für sich usupiert hat, eingesetzt oder ihr unterstellt wird.

Der faschistische „Ständestaat" aber ist Lug und Trug; er ist nicht, wie die faschistischen Staatstheoretiker weißmachen wollen, eine Neuschöpfung des ständigen Staates des Hochmittelalters, eine Verwirklichung einer wahren, organisierten Demokratie, sondern gerade das Gegenteil: die Ergänzung des staatlichen durch den gesellschaftlichen Absolutismus, eine wahre totale Despotie. Denn

im Mittelalter waren die Stände die selbständigen Träger der Staatsmacht;

sie waren aus der einmal gegebenen Gesellschaftsordnung heraus organisch entstanden; die Staatsgewalt war von den herrschenden Ständen abhängig, wurde von ihnen gebildet und bis zu einem gewissen Grade kontrolliert, wobei allerdings die Massen des Volkes, die hörigen Bauern, entrechtet waren. Aber auch sie standen nicht unmittelbar unter der Staatsgewalt, sondern unter der Gewalt des Standes der Adligen, weshalb es, nebengesagt, Unsinn ist, von mittelalterlichen Zuständen als von demokratischen zu sprechen, wie es die Verherrlicher des Mittelalters neuerlich so gerne tun.

Die mittelalterlichen Stände hatten auch weitgehende selbständige hoheitliche und Verwaltungsbefugnisse. Auch das Bürgertum in den mittelalterlichen Städten, in denen es zur Blütezeit kaum ein völlig besitzloses Proletariat gab, übte die Verwaltung sowohl im politischen als namentlich auch in den gewerblichen Angelegenheiten selbständig aus. Das alles bedeutete eine außerordentliche Schwäche und Beschränkung der mittelalterlichen Staatsmacht, ganz das Gegenteil eines totalen Staates.

Die kapitalistische Entwicklung hat die Stände radikal zerstört.

Sie hat durch die Geldwirtschaft erst die Schaffung der modernen Bürokratie und Armee ermöglicht; dadurch hat sie im Zeitalter des Absolutismus die politische Macht der herrschenden Stände zugunsten der erst jetzt sich verselbständigenden Staatsmacht gebrochen und ökonomisch die Stände in Klassen verwandelt. Zur Vertretung ihrer Klasseninteressen haben sich die verschiedenen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft auf Grund der Koalitions- und Versammlungsfreiheit zur Vertretung ihrer Klasseninteressen die freien Organisationen geschaffen, durch die sie auf die wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl wie auf die Staatsmacht ihren Einfluß ausübten. Diese Entwicklung hatte mit der Entwicklung der monopolistischen Tendenzen im Hochkapitalismus so großen Umfang angenommen, daß man mit Recht von dem neuen Zeitalter der Organisationen sprechen konnte.

Dieser vorhandenen, in ihren politischen und gesellschaftlichen Funktionen so bedeutsamen Organisationen bemächtigte sich nun die faschistische Staatsmacht. Die „Gleichschaltung" bedeutet nicht etwa eine neue Staatsform, die sich auf diese Organisationen, die die Faschisten jetzt zu „Korporationen" ernennen, gründet, die Staatsmacht wird jetzt nicht zur Exekutive der Organisationen, sondern umgekehrt,

die früher freien Organisationen werden in Ausführungsorgane und Werkzeuge der Staatsallmacht umgewandelt.

Das die wahre Demokratie zu nennen, ist eine Propagandalüge, die Göbbels dem Mussolini nachspricht.

Die Wirkungsweise der Organisationen hängt also im totalen Staat, solange seine Macht noch unerschüttert ist, ganz von der Regierung ab. Deren wirklicher Charakter enthüllt sich in dem Spielraum, den sie den Organisationen läßt, und in der Auswahl der Organisationen, denen sie die Verfolgung ihrer Ziele gestattet.

Nun ging das Ziel der bürgerlichen wirtschaftlichen Organisationen in der letzten Phase der kapitalistischen Entwicklung nach größtmöglichster Marktbeherrschung, nach Schaffung monopolistischer Macht. Dies Ziel hatten nicht nur die Großindustriellen im Auge, sondern gerade auch die kleinbürgerlichen Schichten. Ihre Innungen, für die sie mit immer steigendem Nachdruck staatlichen Zwangscharakter forderten, waren in der Praxis trotz entgegenstehender Bestimmungen immer mehr Preis- und Konditionenkartelle geworden, zum Teil mit großem Erfolg. Und ähnliche Tendenzen verfolgten die Händlerkreise, die ebenfalls auf Ausschluß oder wenigstens Einschränkung der freien Konkurrenz auf gesetzlichem Wege oder mit organisatorischen Machtmitteln hindrängten.

Es ist nun für den sozialen Charakter der nationalsozialistischen Regierung so überaus kennzeichnend, daß sie die Monopolbestrebungen der bürgerlichen Organisationen nicht nur frei gewähren läßt, sondern ihre eigene Wirtschaftspolitik ganz darauf einrichtet. Sie hat das vorgefundene Kartellgesetz, das die Ueberwachung der Kapitalmonopole durch den Staat vorsah, durch eine kleine, aber inhaltschwere Aenderung, die

dem Wirtschaftsminister das Recht gibt, Zwangskartelle zu schaffen,

zu einem ungeheuren wirksamen Antrieb zur Kartellierung gemacht. Dies geschah nicht nur dadurch, daß der Minister die Außenseiter zum Beitritt zwang und dadurch erst das Zusandekommen des Kartells herbeiführte (Papier, Draht, Pappe usw.); bedeutungsvoller ist noch, daß die bloße Drohung, sich an den Minister zu wenden, namentlich wenn sie von „nationalsozialistischen" Industriellen ausgesprochen wird, genügt, um den Widerstand von Außenseitern auszuschalten. So vergeht denn auch kein Tag mehr, an dem nicht der Abschluß eines neuen Kartells gemeldet wird.

Diese Bewegung beschränkt sich aber durchaus nicht auf die Großindustrie. Immer wieder kann man Notizen wie die folgende lesen:

> Im Zuge der Vorbereitung des ständischen Aufbaues und der damit verbundenen Vereinheitlichung der industriellen Organisationen hat sich unter Zusammenschluß der bisherigen zentralen Verbände der Wäscheindustrie, des Verbandes deutscher Herrenwäsche-Fabrikanten, des Verbandes deutscher Damenwäsche-Fabrikanten, des Verbandes deutscher Fabrikanten von Schürzen, Unterkleidern und Kinderbekleidung, des Verbandes der Fabrikanten konfektionierter Weißwaren, Rüschen, Kinderhüte und verwandter Artikel ein Einheitsverband unter dem Namen Verband der deutschen Wäscheindustrie gebildet. Zu seinem Führer wurde Dr. Grohmann i. Fa. Schäffer & Vogel, Bielefeld, gewählt.

In derselben Zeitungsnummer liest man von dem Generalabkommen, das zwischen Kohlenproduktion und Kohlenhandel abgeschlossen wird. Die Kohlenproduzenten verpflichten sich, in Zukunft nur mit den in das Register des Kohlenhandels eingetragenen Firmen Handel zu treiben. So wird ein vollkommenes lückenloses Monopol nicht nur für die Produktion durch das Zwangskartell, sondern auch die monopolisierte Produktion für den Handel geschaffen. Denn

das Register ist gesperrt, das Entstehen neuer Konkurrenz unmöglich.

Solche „Fachschaften" und „Einheitsverbände" werden „im Zuge des ständischen Aufbaues" jetzt unaufhörlich geschaffen. Sie enthüllen den wirklichen Sinn des „Ständestaates" und die Begeisterung, die alle bürgerlichen Schichten für den „Aufbau des korporativen Staates" erfaßt hat: die ganze totale Staatsmacht organisiert das kapitalistische Monopol, sie sichert und steigert den Profit auf Kosten der Konsumenten.

Zugleich enthüllen diese Vorgänge gewisse Illusionen über die „antikapitalistische" Bewegung. Gewiß hat Hitler seine Versprechungen gebrochen und den Mittelstand enttäuscht. Soweit die antikapitalistische Bewegung gegen das Großkapital in Banken und Industrie gerichtet war und sich darin mit Tendenzen der Arbeiterklasse zu berühren schien, ist sie auch unter nationalsozialistischer Herrschaft zur Kapitulation gezwungen worden. Aber die Mittelschichten erhalten eine Kompensation, indem ihnen ebenso wie dem Großkapital der Konsument ausgeliefert wird.

Natürlich bedeutet diese Wirtschaftspolitik eine fortschreitende Teuerung

und selbst in der gleichgeschalteten Presse häufen sich in auffallender Weise die beweglichen Klagen. Die wirkliche Macht liegt ausschließlich in den Händen der „Normalisierer", der Krupp und Thyssen und ihrer Treuhänder. „Eingriffe" in die Wirtschaft haben sie streng verboten, und sie denken ebensowenig daran, die industriellen Preissteigerungen zu hindern, wie der Darré den agrarischen Einhalt gebieten will. Und dabei ist es gar nicht mal wahr, daß auch nur die Nominallöhne gleich geblieben sind. In einer langen Schönfärberei muß sogar die „Frankfurter Zeitung" schließlich zugeben, daß die Löhne bis Februar 1933 ständig gesunken sind. Im Februar 1932 betrug das Lohnaufkommen noch 68.17 Millionen gegen 58.60 im Februar 1933. Die Tariflöhne zeigten dann aber noch weiter bis April/Mai sinkende Tendenz.

Soweit das Geständnis. In Wirklichkeit besteht infolge der Ohnmacht der Gewerkschaften überhaupt nicht die geringste Kontrolle über die Einhaltung der Tarifverträge. Es ist sicher, daß das Einkommen der Arbeiterklasse von der Zange erfaßt ist: Preissteigerung der Waren, namentlich der Lebensmittel einerseits, sinkende Löhne anderseits. Und das kann auch nicht anders sein bei einem System, dessen Inhalt die Ausdehnung der Monopolwirtschaft ist, dessen Staatsmacht rücksichtslos in dem Dienst der kapitalistischen Interessen steht, während gleichzeitig jede Gegenwirkung der Arbeiterschaft aufgehoben ist. Der Ständestaat, der politisch nur die kaum verhüllte Tarnung der nationalsozialistischen Parteidiktatur ist, enthüllt sich so ökonomisch als Versöhnung und Summierung der großkapitalistischen mit den mittelständlerischen Ausbeuterinteressen.

Dr. Richard Kern.

„Die Preise hoch!"

Ley parodiert das Horst-Wessel-Lied.

„Der Deutsche", das Organ der Deutschen Arbeitsfront, wendet sich in einem Artikel, der auch von einem Teil der übrigen Presse übernommen wird, gegen Preistreiberei und Lohnabbau, um dadurch die Erregung zu dämpfen, die offenbar selbst in dem gefügigsten NSBO.-Mann die Milch der frommen Denkungsart in gärend Drachengift zu verwandeln droht. Dabei ist besonders interessant, daß Herr Ley, der als Führer der Deutschen Arbeitsfront allein das Recht in Anspruch nimmt, Abweichungen von Tarifverträgen zu gestatten, sich selbst eines schweren Verstoßes gegen den Geist der neuen Zeit durch eine Parodierung des Horst-Wessel-Liedes, der Nationalhymne des Dritten Reiches, schuldig macht. Er läßt energische Maßnahmen gegen die Elemente androhen, die sich außerhalb der Volksgemeinschaft stellen wollen. Geeignete Erziehungsmittel seien genügend zur Hand. „Wenn diese Herren nicht bald Vernunft annehmen, so würden Exempel statuiert werden. Die Herren könnten dann im Konzentrationslager gemeinsam das Lied singen:

„Die Preise hoch, Kartelle fest geschlossen".

Da Herr Ley und seine Beauftragten sich selbst bemühen, den neuen Text für das Horst-Wessel-Lied populär zu machen, dessen Singen in Deutschland für den gewöhnlichen Sterblichen mit schärfster Strafe bedroht ist, wollen wir ihm bei der Verbreitung des neuen Textes behilflich sein, indem wir wenigstens den ersten Vers vollständig abdrucken:

„Die Preise hoch, Kartelle fest geschlossen!
Das Kapital marschiert mit leisem Schritt,
Die Börsianer sind Parteigenossen,
Und für den Sozialismus sorgt Herr Schmitt!"

Warenhäuser unter Nazischutz

Der Hauptschlager der Naziwerbung unter dem Mittelstand war die Forderung nach der Vernichtnug der Warenhäuser und Konsumvereine. Die Konsumvereine sind zwar gleichgeschaltet worden, aber die neuen Männer sehen jetzt ihre Hauptaufgabe darin, die Konsumvereine zu erhalten und nachdrücklich für die Erhaltung der Mitgliedschaft in den Konsumvereinen zu werben.

Auch der Schlag gegen die Warenhäuser ist ausgeblieben; im Gegenteil, jetzt werden die Warenhäuser dem besonderen Schutz der Regierungspartei unterstellt. Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Mitteldeutschland hat am 30. September eine Kundgebung erlassen, in der er zwar feststellt, daß die Stellung der NSDAP zur Warenhausfrage unverändert sei, aber die Lösung werde zu geeigneter Zeit erfolgen. Ein aktives Vorgehen zur Stillegung der Warenhäuser sei zur Zeit nicht geboten. Allen Gliederungen der Partei werde daher jede Aktion gegen die Warenhäuser verboten. Ebenso sind alle Maßnahmen, die die Warenhäuser behindern (Aufstellung von schwarzen Listen, Inseratensperre, Postenstehen vor den Warenhäusern), von jedem zu unterlassen.

So endet ein weiterer Traum des Mittelstandes: Warenhäuser unterstehen dem besonderen Schutz der Regierungspartei.

Für Juden teurer!

In einigen ostpreußischen Städten wurde gemäß Beschluß der städtischen Körperschaften seit 1. April von Juden ein hundertprozentiger Zuschlag zu den Gas- und Stromgebühren erhoben. Der zuständige Landrat hat nun verfügt, daß die von April bis Oktober gezahlten Zuschläge den jüdischen Einwohnern wiedererstattet werden. Die Magistratsbeschlüsse wurden annulliert.

Kusch dich - oder verrecke!

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen". Dieses Sprichwort ist gleichgeschaltet worden, jetzt heißt es: „Wer nicht kuscht, soll auch nicht arbeiten". Die Leipziger Kreishauptmannschaft ist mit einem Erlaß niedergekommen, in dem es heißt, aus den öffentlichen und lebenswichtigen Betrieben seien in letzter Zeit viele marxistische Arbeiter und Angestellte entlassen und durch arbeitslose Nationalsozialisten ersetzt worden. Die Entlassenen sollten aber nicht dauernd „als Staatsfeinde gebrandmarkt und von der Wiedereinstellung ferngehalten werden". Wenn sie sich von der marxistischen Gedankenwelt abwenden und in absehbarer Zeit durch ihr Verhalten nachweisen, daß sie sich in ehrlicher Ueberzeugung hinter die nationalsozialistische Regierung stellen, dann solle und könne ihnen die Wiedereinstellung in eine andere, besonders private Arbeitsstelle nicht verwehrt werden.

Arbeit als Prämie für Wohlverhalten! Freilich dürften die Privatunternehmer selbst an dieser Sinneswandlung der Behörden nicht unbeträchtlich beteiligt sein. Viele von ihnen weigern sich seit längerer Zeit, auf die marxistischen „Staatsfeinde" und Qualitätsarbeiter zu verzichten, nicht etwa weil sie dem braunen Kapitalistenstaat nicht treu ergeben wären, sondern weil sie die Entdeckung gemacht haben, daß die hakenkreuzlerischen Parteibucharbeiter allzu oft ebenso untüchtig wie hitlertreu sind.

Uns interessiert aber viel mehr die Frage, wie ein „Gebrandmarkter" durch sein Verhalten nachweisen soll, daß er „in ehrlicher Ueberzeugung..." usw. Das Armeheben und Mitmarschieren genügt sicher nicht, denn wer da nicht mitmacht, wird ohnehin niedergeschlagen. Also bleiben nur — Spitzeldienste für das braune Henkersystem, Kameradenverrat, Denunziantentum. Dafür bedanken sich Millionen sozialistischer Arbeiter, Millionen Helden, die Hunger und Mißhandlungen leichter ertragen als die durch Renegatentum erkaufte Gnade beamteter Lumpen. Und diese Millionen retten den wahrhaft deutschen Geist in eine stolzere Zeit hinüber. Ginge es freilich nach dem Willen der „deutschen Erneuerer", der Führer, denen es selbst auf eine Gemeinheit, auf einen Verrat mehr oder weniger niemals angekommen ist — das ganze Volk würde in eine Herde von feigen Sklaven, Denunzianten und Kriechern verwandelt.

Aufgaben des Flüchtlingskommissars

Pässe — Aufenthaltsbewilligung — Arbeitsmöglichkeit — Unterstützung

In den nächsten Tagen wird zum ersten Male der Verwaltungsrat, der dem „Völkerbundskommissar zur Hilfe für die jüdischen und anderen Flüchtlinge aus Deutschland" beigegeben ist und der aus Regierungsvertretern besteht, zusammentreten. Er wird erörtern, welche Aufgaben der Kommissar hat und wie sie zu lösen sind. Er wird sich auch mit der Frage beschäftigen, ob dem Kommissar ein Beirat zur Seite gestellt werden soll aus den Organisationen, die sich mit der Flüchtlingshilfe befassen, etwa ergänzt aus Vertretern der Flüchtlinge.

Schon jetzt sind nach vorliegenden Schätzungen

65.000 Deutsche ausgewandert, unter ihnen etwa 5000, die Deutschland besonders deshalb verlassen mußten, weil sie Anhänger der sozialdemokratischen Partei, des Reichsbanners oder der Freien Gewerkschaften waren.

Unter den 65.000 Flüchtlingen sind möglicherweise 8000 bis 10.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die nach Polen geflohen sind. Die Zahl der Auswanderer wächst noch täglich und wird weiter wachsen. Preußen z. B. und die preußischen Gemeinden haben ja erst zum ersten Oktober die Hauptentlassungen nach dem Beamtengesetz durchgeführt, so daß die Arbeiter und Angestellten erst jetzt, die Beamten erst am 1. Jänner 1934 mittellos werden. Andere zehren ihre Ersparnisse noch in Deutschland auf, jeden Tag auf Aenderung der Zustände hoffend. Ein neuer Strom von Flüchtlingen würde sich ins Ausland ergießen, wenn die Konzentrationslager geöffnet werden sollten. Deutschland entledigt sich eines Teiles seiner Arbeitslosenkosten durch Abschiebung von Deutschen ins Ausland.

Die deutschen Auswanderer sind im Gegensatz zu den griechischen und armenischen Bauern, mit deren Unterbringung der Völkerbund schon einmal befaßt war, zum größten Teil Städter, nach Können und Lebenshaltung nicht ohne weiteres für Ansiedlung und Kolonisierung geeignet. Sie kommen im Gegensatz zu den russischen Emigranten in einer Zeit allgemeiner tiefster wirtschaftlicher Depression in die Fremde. Zudem werden die Juden wegen des auch in manchen anderen Ländern bestehenden Antisemitismus, die „Marxisten" wegen der mancherorts bestehenden Abneigung gegen den Sozialismus nicht überall unterzubringen sein. Nur ein Teil der Flüchtlinge hat mit Deutschland gebrochen und zieht gern nach Palästina oder würde gern sonstwo seßhaft werden. Der andere hängt an der Heimat und will auf die Möglichkeit zur Rückkehr irgendwo warten. Ihm erscheint es unmöglich, daß Deutschland lange im gegenwärtigen Zustand verharrt. Zu diesen gehören auch viele der sozialdemokratischen Flüchtlinge, die nichts so wünschen, als wieder auf ihrem Heimatboden für ihre Ideen kämpfen zu können.

Die Lösung der dem Flüchtlingskommissar gestellten Aufgabe ist dennoch nur möglich nach den Grundsätzen, nach denen jede moderne Fürsorge zu arbeiten hat, nämlich durch Verhütung der Hilfsbedürftigkeit, Heilung der Hilfsbedürftigkeit und Versorgung derer, die nicht mehr zu heilen sind. Es mag sonderbar klingen, wenn wir zu den Aufgaben des Kommissars auch die der Verhütung der Armut rechnen, denn er sitzt in Genf, sein Arm reicht nicht nach Berlin, wo die Politik der Ausstoßung von Volksgenossen betrieben wird. Aber er wird ohnehin mit der deutschen Regierung verhandeln müssen. Er kann sich auf den Standpunkt stellen, daß er dabei sehr behutsam vorgehen muß, um alles zu vermeiden, was die Haltung der deutschen Regierung gegen Genf versteift. Augenblicklich ist die maßgebende Genfer Bürokratie für Leisetreten. Der Kommissar würde seinem eigenen Werk den allergrößten Dienst erweisen, wenn er vor der Welt und gegenüber der deutschen Regierung gegen ein System Stellung nimmt, das Hunderttausende wegen ihrer Rasse oder Gesinnung mittellos in die Fremde treibt.

Die Auswanderung kann nur aufhören, wenn in Deutschland Boykott und Entzug des Rechts auf Arbeit oder Unterstützung, Diskriminierung, Diffamierung, blutige Verfolgungen und Drohungen mit Gefängnis und Konzentrationslager wegen Aeußerung von Gesinnung aufhören.

Je geringer die Auswanderung ist, je eher kann den Ausgewanderten geholfen werden. Die Aufgabe des Kommissars ist ein Werk der Menschlichkeit. Er gibt ihm erst die wahre Würde, wenn er sich nicht darauf beschränkt, den Auswanderern zu helfen, sondern der Anwalt der Menschlichkeit gegenüber den barbarischen Methoden des Nationalsozialismus zu sein.

Erfreulicherweise besteht in allen Kreisen, die mit der Flüchtlingsfürsorge befaßt sind, eine einheitliche Auffassung darüber, daß nur Unterstützung gewähren die schlechteste und auch die teuerste Hilfe ist, es sei denn, daß wegen Alters oder Krankheit des Flüchtlings andere Hilfsmöglichkeiten nicht gegeben sind. Nur Arbeit und Eingliederung in andere Völker kann dem Flüchtling wirklich helfen und die betroffenen Länder und Organisationen auf die Dauer von ihrer Aufgabe befreien.

Bisher ist die Flüchtlingsfürsorge von privaten Organisationen geleistet worden. Man muß dabei unterscheiden zwischen solchen, zu denen sich die Flüchtlinge als zugehörig betrachten, auch wenn sie bisher der entsprechenden Organisation eines anderen Landes angehört haben, wie die Parteien der sozialistischen Internationale und die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen freien Gewerkschaften, die Liga für Menschenrechte, die Rote Hilfe, die jüdischen Gemeinden und Hilfsorganisationen, darunter auch die zionistischen. Dazu kommen dann die Organisationen, die ihrer Arbeit als Fürsorgewerk leisten, das sind besonders die Quäker und das Internationale Komitee für die Vermittlung von Intellektuellen mit dem Hauptsitz in Genf und Zweigorganisationen in anderen Ländern. Zwischen beiden stehen in ihrer Art die verschiedenen Akademiker- und Studentenhilfsorganisationen. Die bisher geleistete Arbeit bestand in Unterstützung und Arbeitsvermittlung.

Die sozialistischen Parteien und die freien Gewerkschaften haben bisher etwa eine Million RM. für die deutschen Flüchtlinge ausgegeben

und sie mit Barmitteln oder auch Wohnung, Beköstigung und Bekleidung unterstützt, ihnen zum Teil auch Arbeit vermittelt.

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, wenn angenommen wird, der Völkerbund habe dem Kommissar Geld zur Verfügung gestellt. Das ist nicht der Fall, er ist für die Mittelbeschaffung auf private Organisationen und Geldgeber angewiesen. Schon aus diesem Grunde wird er diese Organisationen zur Mitarbeit heranziehen müssen. Er wird mit ihnen einen Plan zur Erschließung von Geldquellen und zur systematischen Verwendung der vorhandenen Mittel aufstellen müssen.

Bisher ist alle Arbeitsvermittlung Einzelarbeit gewesen ohne größeren Plan. Der Kommissar kann als Mittelpunkt der Flüchtlingsfürsorge alle Arbeit planmäßig zusammenfassen. Vor allen Dingen kann er als Völkerbundskommissar mit den Regierungen über die

Aufenthaltsbewilligungen und Paßfragen

verhandeln. Für die Arbeitsbeschaffung muß er zunächst Zahl, Alter und Berufsfähigkeiten der Flüchtlinge möglichst genau feststellen. Gleichzeitig wird er die Aufnahmefähigkeit von Palästina, ferner die der übrigen Länder und der Kolonien für Ansiedlung und für die Aufnahme in akademische und freie Berufe ermitteln müssen. Er wird nachzuforschen haben, wo in der Welt Techniker und Facharbeiter ein Unterkommen finden. Man kann sich denken, daß der Kommissar Kolonisierung und Ansiedlung selber durchführen wird, die Palästinafrage den zionistischen Organisationen, die Arbeitsvermittlungen im einzelnen anderen Hilfsorganisationen überläßt. Er selbst wird mit der deutschen Regierung verhandeln müssen wegen Freigabe der Vermögen, die die Flüchtlinge in Deutschland zurückgelassen haben.

Dabei wird der Kommissar nicht vergessen dürfen, daß

das Vermögen der ausgewanderten Arbeiter und Angestellten

nicht in Kapitalien besteht, höchstens hat der eine und der andere ein Sparkassenbuch bei der kommunalen Sparkasse oder dem Konsumverein. Diese kleinen Kapitalien dürfen ebenso wenig vernachlässigt werden, wie die größeren. Der Kommissar muß wissen, daß die eigentlichen Sparguthaben dieser Menschen ihre Ansprüche an die Sozialversicherung, bei den früheren Angestellten von Partei und Gewerkschaften ihre Ansprüche daneben auch an die Unterstützungsvereinigung für die Arbeiter und Angestellten der modernen Arbeiterbewegung sind. Zum Teil werden auch Ansprüche an die Konsumvereine vorliegen.

Dem Kommissar ist eine Aufgabe gestellt, die Liebe zum Menschen und zur Menschheit erfordert, echte internationale und humane Gesinnung. Sind er und die Welt zu ihr fähig, dann wird aus dem Flüchtlingswerk auch Hilfe entstehen können für all die Menschen, die in Deutschland körperlich und seelisch leiden, weil sie dort hungern müssen und verfolgt werden.

Sie raufen um die Beute

Die Geschäfte des Oberpräsidenten Koch

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Die gleichgeschaltete „Frankfurter Zeitung" brachte kürzlich (am 19. Nov.) eine begeisterte Schilderung ihres Berliner Korrespondenten R. K. aus Königsberg. Da konnte man lesen, daß sich in der nationalsozialistischen Bewegung unter Führung des ostpreußischen Gauleiters Koch geradezu eine „Königsberger Richtung" herausbilde, die weitschauende Ostpolitik zu treiben beginne: Mit starker Industrialisierung der Provinz und allerdings weniger energischer Siedlungspolitik richte sich Ostpreußen darauf ein, die deutsche Brücke nach Osteuropa zu bilden, mit dessen slavischen Völkern, Russen und Polen, die Deutschen um ihrer Zukunftsaussichten willen sich gut stellen müßten.

Der Lobgesang auf Koch und „seine" Ideen hat in Ostpreußen nur stille Heiterkeit ausgelöst. Hier kennt man den „Sieger der ostpreußischen Arbeitsschlacht" aus der Nähe besser und kennt auch seine Methoden, für sich selbst Reklame zu machen — damit hinter der Reklame seine Bereicherungsmethoden verschwinden.

Hier sind die aus der Statistik forteskamotierten Arbeitslosen — auch die nationalsozialistischen — noch sehr sichtbar, und der Gauleiter und Oberpräsident, Staatsrat und Reichstagsabgeordnete Erich Koch, ursprünglich ein herausgeschmissener Eisenbahnassistent aus Elberfeld, erfreut sich keineswegs großer Beliebtheit, am wenigsten bei der SA., die in offenem Gegensatz zur Gauleitung der Partei steht.

Die Konflikte innerhalb des Nationalsozialismus in Ostpreußen und seiner Hauptstadt sind gerade in diesen Tagen wieder einmal an die breiteste Oeffentlichkeit gekommen, so daß die Feststellung einer „Königsberger Richtung" wie Hohn wirkt.

Koch hatte einen nationalsozialistischen Assessor namens Dr. Bethke zum Präsidenten der ostpreußischen Landwirtschaftskammer gemacht. Als er selber Oberpräsident wurde, machte er denselben Bethke auch noch zum Vizepräsidenten des Oberpräsidiums, also zu seinem Stellvertreter in den staatlichen Beamtenfunktionen. Aber das Doppelverdienertum des so schnell avancierten Assessors dauerte nicht lange. Der Reichsbauernführer und Ernährungsminister Darré (der einmal ein kleiner Angestellter der Königsberger Landwirtschaftskammer war, aber bald wegen völliger Unfähigkeit entlassen wurde), schaltete die Kammern nochmals um und ernannte den Nazi-Bauernführer Otto-Rosenau zum Führer der umgeformten Kammer.

Als der Kammerpräsident Bethke seines Amtes so enthoben werden sollte, ließ er als Vizepräsident Bethke den Rivalen kurzerhand verhaften, und Göring selbst mußte aus Berlin geflogen kommen, um Bethke zur Freigabe seines Gefangenen zu bewegen!

Schon vorher hatte es zwischen Landwirtschaft und Gauleitung der NSDAP. schwere Konflikte gegeben. Pg. Bethke hatte die Zeitung der Landwirtschaftskammer, „Georgine", nicht mehr bei der deutschnationalen Zeitungsdruckerei drucken lassen, sondern den Druck an die der Nazis vergeben, bei der Gauleiter Koch — Teilhaber ist. Wie er Teilhaber wurde, und wie die Gründung der Nazizeitung erfolgte, ist wieder eine andere schmutzige Geschichte. Das hatte viel böses Blut gemacht, und der damals noch nicht ausgeschaltete Landwirtschaftsverband hatte als Konkurrenzunternehmen gegen die „Georgine" ein neues Organ, „Dahlie", aufgemacht.

Jetzt kam der Gegenschlag gegen Kochs Geschäftspraktiken, und er kam offenbar unerwartet: Der Landesbauernführer Otto stellte die vordem deutschnationale „Ostpreußische Zeitung", das alte Agrarierblatt, auf nationalsozialistischen Kurs um und erklärte es zur amtlichen Tageszeitung der Landesbauernschaft! Die erste Nummer unter der neuen Flagge brachte Glückwunsch- und Geleitworte von Minister Darré, Staatssekretär Willikens, dem Bauernführer Meinberg, dem obersten SA.-Führer Ostpreußens, Kob, dem höchsten SS.-Führer der Provinz, Lorenz, der es besonders begrüßt, daß ein eigenes Organ für die gemeinsamen Interessen der ostpreußischen SA. und der Bauernschaft geschaffen würde!

Am nächsten Tage bereits kam eine geharnischte Erklärung der wutschnaubenden Gauleitung heraus, wonach die „Ostpreußische Zeitung"

„ohne die Genehmigung des für die Provinz Ostpreußen politisch allein verantwortlichen Gauleiters im nationalsozialistischen Gewand erschienen"

wäre, aber durchaus kein amtliches Organ wäre. Noch energischer schrieb dann Koch in seinem — diesmal ist es wirklich sein — Blatt,

„daß die als amtliches nationalsozialistisches Nachrichtenblatt getarnte „Ostpreußische Zeitung", die ohne mein Wissen in neuer Form erschienen ist, nichts, aber auch gar nichts mit der NSDAP., Gau Ostpreußen, zu tun hat. Ich rücke hiermit in aller Oeffentlichkeit und für immer sowohl von diesem Presseerzeugnis als von der Art und Weise seines Kampfes auf das entschiedenste ab. Ich warne heute und für alle Zukunft jeden vor dem Versuch, die einheitliche, vom Führer angeordnete politische Linie zu durchkreuzen oder durch „Vertretung von besonderen Standpunkten abzubiegen"."

Besonders war es Herrn Koch an die Nieren gegangen, daß die neue Nazizeitung betont hatte, es solle „weder blinde Unterwerfung, noch unwürdige Kriecherei" mehr vorherrschen und das Blatt werde

„auch dort pflichtgemäß offene Kritik üben, wo wir den verantwortlichen Stellen Fehler und Mißgriffe zu zeigen verpflichtet sind."

In diesem liebenswürdigen Kampf der neuen „Führer" untereinander ist nun Herr Koch von oben her unsanft fallen gelassen worden. Darré ist auf Seiten der Rebellen gegen Kochs Allmacht, und der Pressechef des Reichsernährungsministeriums erklärt jetzt offen gegen Koch:

„Hiermit erkläre ich, daß ich die Uebernahme der „Ostpreußischen Zeitung" durch die Landesbauernschaft begrüße... Es ist zu begrüßen, daß nun auch in Ostpreußen eine Bauernzeitung besteht... Der Charakter einer Tageszeitung wird von den Männern bestimmt, die hinter der Zeitung stehen und die der Zeitung ihr Gepräge und ihr Gesicht geben. Die „Ostpreußische Zeitung" ist nicht das Eigentum einer Clique oder einer Einzelpersönlichkeit, sondern Eigentum des im Reichsnährstand geeinten ostpreußischen Bauerntums."

Die letzten Sätze zielen ganz unmißverständlich gegen Koch persönlich, der mit zwei früheren Viehhändlern namens Kaspereit, Inhaber des nationalsozialistischen Zeitungsverlages ist und schon früher stets betont hatte: „Meine Redakteure schreiben, was ich bestimme!" Der Herr Oberpräsident fühlte sein privates Nebeneinkommen aus „seiner" Zeitung bedroht — daher der Konflikt.

Man täte den Herren zu viel Ehre an, wenn man hinter ihren Gegensätzen nach marxistischer Methode wirtschaftliche und soziale Interessenkämpfe suchen wollte. Die spielen nur zum kleinsten Teil hinein. In der Hauptsache sind es die Rivalitäten der siegreichen Landsknechtführer, die sich hier zufällig einmal deutlich und öffentlich zeigen, während sie in hundert ähnlichen Fällen hinter den Kulissen ausgetragen werden.

In Ostpreußen wird dieser Kampf der Nazis untereinander mit großer Aufmerksamkeit von Freund und Feind verfolgt. Wir zweifeln nicht, daß sich all das eines Tages auswirken wird. Wir warten auf den Tag.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia", Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.